

Aufwärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechs Mal. — Preis monatlich 1.25 und
0.35 Beleggebühren, beim eigenen Wohnort bestellt. — Fürs
Ausland unter Streichband 1.35 (inkl. Postgeld). Preis der
Einzelnnummer 10 Pf. Postfachkonto Hannover 67 377.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus“,
„Andergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:
Die einseitige 10 Zeilenzeile oder deren Raum 10 Pfennig.
Reklame 50 Pf. Beilagen unter 25 a je laufend 15 Pf.
Schluß der Anzeigenannahme nachmittags 8 Uhr. Postfach-
konto Hannover 67 377.

Nr. 244.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Sonntag, den 18. Oktober 1931.

13. Jahrgang.

Nach du uns, Herr Jesu Christ,
zu deinen rechten Reben
am Weinstock, der du selber bist,
daß edle Frucht wir geben,
drin sich dein Geist mit Macht erweist,
nachdem wir erst das Schneiden
durch Trübsal mußten leiden.

Fruchtbares Leben.

Ohne mich könnt ihr nichts tun. Wer in mir
bleibt und ich in ihm, der bringt viel Frucht.
Joh. 15, 5.

Es fehlt wahrhaftig heute in der Christenheit nicht an gutem Willen, etwas zu tun. Was wird nicht alles geschaffen, gedacht, gearbeitet, um der großen Not Herr zu werden. Die Wirtschaftler schließen sich in großen Verbänden zusammen; kluge Köpfe, erfahrene Männer, von rücksichtsloser Entschlußkraft sind da beieinander. Sie tagen fleißig, und doch wird nichts geschaffen. Die Völker haben sich im Völkerbund zusammengefunden. Etwas ganz Neues. Die größten Staatsmänner der Gegenwart sind dort vereinigt. Wir warten Jahr um Jahr, es wird nichts erreicht. Da sind internationale Verbände und Gruppen, die in ihren Spitzen eine gewaltige Summe Verstandeskraft und Willensenergie zusammengebracht haben. Das alles hat unsere tätige Zeit hervorgebracht — und der Erfolg? Am Willen fehlt es wahrhaftig nicht, wohl aber am Können. Auf Schritt und Tritt begegnet uns eine geradezu erstaunliche Unfähigkeit, den Nöten der Zeit abzuwehren.

In diese verworrene Welt, hilflos und ratlos, wie sie ist, hallt dieses gewaltige Wort Jesu hinein: Ohne mich könnt ihr nichts tun. Eines der größten Worte, was Jesus gesprochen hat, und an großen Worten ist in seinem Evangelium kein Mangel. Und auch von diesem Wort gilt: Himmel und Erde werden vergehen, aber mein Wort wird nicht vergehen. Denn dieses Wort enthält das unfehlbar wirkende Rezept, mit dem man der Welt aufhelfen könnte. Es dürfte dann aber in der Wirtschaft, in der Politik, in der sozialen Fürsorge, in der öffentlichen Wohlfahrtspflege, in der Wissenschaft und Kunst nichts mehr geschehen ohne Jesus, ohne ihn angerufen zu haben, ohne seine Worte zu Rate gezogen und seinen Willen erfordert zu haben. Was dann für eine Weltrevolution entsteht, wie die Erde noch keine gesehen hat, das sich auszumalen, ist zwecklos. In dem Augenblick würden sich die Beziehungen der Staaten glatt regeln, die Wirtschaftsordnungen sich einrenken, die soziale Gestaltung zu einem vollen Ausgleich der Interessen führen. Sich in solche verlockende Bilder in der eigenen Phantasie hinzuträumen, ist gefährlich, denn wir wissen ja, die Menschheit denkt an so etwas nicht. Mit erhabenem Lächeln schiebt sie dieses Wort beiseite. So reden fromme Schwärmer, so redet kein Wirklichkeitsmensch.

Aber wie wäre es, wenn jeder, der ein Jünger Jesu sein möchte, dieses Wort zu seinem Lebensprogramm machte. Die viel gehörte Klage: „Ich komme zu nichts Rechtem in meinem Leben“, würde verstummen. Wer freilich glaubt, immer alles selbst und allein schaffen zu können, ohne Jesus und sein Wort, ohne Gebet, ohne Bitte um Erleuchtung, der müßte umlernen. Ob nicht in unser Dasein ein ganz anderer Auftrieb käme, auch in unser eheliches und häusliches Leben, in unser Familienleben, ob nicht in unseren Gemeinden, überhaupt in allen unseren verschiedenen Wirkungskreisen eine ganz neue Lebendigkeit erwachen würde, ob nicht unsere Alltagsarbeit, unser Denken, Sorgen, Warten und Hoffen ein ganz anderes Gesicht bekommen würde, wenn wir wirklich Jesus Christus bewußt in unseren Tageslauf einschalteten, ihn selbst allezeit zu Wort kommen lassen, und entschlossen seinem königlichen Regiment und seinem heiligen Willen Raum gäben, seiner vergehenden Liebe uns und andere ganz übergeben? Wenn wir ihm überall Zutritt gewährten, ob wir dann nicht doch endlich zu einer fruchtbaeren Tat kämen? Sicherlich, unser Leben würde ungeahnte Frucht ansetzen zu einem neuen Leben in Christus mit Gott.

Simon.

Ein reinigendes Gewitter.

Zu den schmerzlichen Ereignissen, die mit dem Zusammenbruch der Deutschen Evangelischen Heimstätten-Gesellschaft (Devaheim) zusammenhängen, hat der Aufwärts bisher geschwiegen. Nicht aus Furcht vor der Wahrheit. Nicht, um böse Vorkommnisse zuzudecken. Denn ein Blatt, das die öffentlichen Dinge vom Evangelium her beleuchten will, muß das selbstverständlich ohne alle Menschenrücksicht tun und die Schäden in den eigenen Reihen schärfer beurteilen als die Fehler der anderen. Aber das war die Not der letzten Monate: Niemand hatte ein deutliches Bild. Zwischen falschen Beschuldigungen und falschen Entschuldigungen lag die Wirklichkeit wie ein Land, das dichter Nebel verhüllt. Diejenige Presse, die aller Arbeit der Kirche grundsätzlich ablehnend gegenübersteht, triumphierte und übertrieb. Aber auch in christlichen Blättern stand manche ungenaue Nachricht, manches schiefe Urteil. Man suchte den Abstand zwischen sich und den traurigen Ereignissen möglichst breit zu machen; und dabei wurde manchmal etwas von dem Ton hörbar, der unsern Meister Christus unangenehm gewesen ist als das Schelten der Feinde: „Ich danke Dir, Gott, daß ich nicht bin wie die anderen Leute!“

Jetzt fängt der Nebel an, sich zu heben. Der von dem Zentral-Ausschuß für Innere Mission sogleich nach dem Zusammenbruch eingesetzte neutrale Untersuchungsausschuß hat in die Dinge so gründlich hineingeleuchtet, als es das schwebende Gerichtsverfahren zuließ. Der Konkursverwalter hat die Ergebnisse seiner Prüfung mit nüchterner Klarheit vorgelegt. Ursachen und Entwicklung der Katastrophe sind in den wesentlichen Zügen deutlich geworden. Ueber die persönlichen Schuldfragen wird demnächst der Richter entscheiden. Solange er nicht gesprochen hat, sollte man mit Urteilen über einzelne Menschen zurückhalten. Doch zu den die ganze Kirche und Innere Mission angehenden grundsätzlichen Fragen kann und muß jetzt etwas gesagt werden. Dabei darf aber der Blick nicht an der Vergangenheit hängen bleiben; und aus der Kritik dessen, was geschehen ist, soll die Frage herauswachsen: Was haben wir zur äußeren und inneren Heilung des Schadens zu tun?

Was ist geschehen? Im Jahre 1924 erließ der Betheler Kirchentag seine soziale Botschaft. Dabei wurde vor allem auf die Wohnungsnot mit größtem Ernst hingewiesen. Im folgenden Jahre erinnerte der Deutsche Evangelische Kirchenausschuß erneut an die Pflicht der Christenheit, unserm Volk auf diesem Gebiet wirksam zu helfen. Auf Grund dieser Anregungen der höchsten deutschen Kirchenvertretungen bildete sich unter Führung des Zentralausschusses für Innere Mission im Jahre 1926 zuerst eine Siedlungsberatungsstelle; aus ihr erwuchs noch im gleichen Jahre die Deutsche Evangelische Heimstätten-Gesellschaft. Sie sollte nach dem Vorbild der vor allem in Süddeutschland wirkenden Gesellschaft der Freunde (Wittenrot) in Form einer Bauparkasse den minderbemittelten Kreisen das Geld zum Bau eines eigenen Heims beschaffen helfen. Der Gedanke war gut. Die Organisation der Gesellschaft, zu deren Aufsichtsratsitzungen auch die Kirchenbehörden sachungsgemäß Vertreter entsandten, war einwandfrei. Ihre Entwicklung vollzog sich in den ersten beiden Jahren langsam und vorsichtig. In wachsendem Maße gewann sie Vertrauen; nicht nur, weil sie sich evangelisch nannte und Männer der Kirche und Inneren Mission für sie warben, sondern auch wegen der Sorgfalt, mit der man z. B. bei dem Verteilungsschlüssel die soziale Lage der einzelnen Bauparzer zu berücksichtigen suchte. Die stärkste Werbekraft einer Bauparkasse kommt aber aus den tatsächlich erfolgten Zuteilungen von Baugeldern. Bis zum 1. April 1930 waren bereits fast 1½ Millionen Mark ausgezahlt worden. Dieser Erfolg lockte viele an und schien eine weitere günstige Entwicklung zu gewährleisten.

Aber schon damals trug die Heimstätten-Gesellschaft den Todeskeim in sich. Das Verhängnis bahnte sich an durch die Verbindung mit der Baugenossenschaft des Evangelischen Volksbundes in Mülheim. Auch ihre Arbeit war ursprünglich gesund und damals vielleicht noch einwandfrei. Aber indem die beiden räumlich getrennten Gesellschaften sich verbanden und ihre Geldgeschäfte sich immer mehr verflochten, verloren die leitenden Männer bald die Uebersicht. Vor allem gelang es nicht, in die eigentliche Geschäftsführung Leute hineinzubringen, die äußerlich und innerlich den schnell zunehmenden Aufgaben gewachsen waren. Der von der Mülheimer Genossenschaft übernommene und allmählich zum Generaldirektor

beider Gesellschaften aufgestiegene Herr Jeppel scheint in dieser Beziehung die verhängnisvollste Rolle gespielt zu haben; ein begabter Zahlentheoretiker und erfindungsreicher Kopf, dem aber für die innersten Linien einer im Namen des Evangeliums getriebenen Arbeit Blick und Maßstab fehlten. Seit er die Zügel in die Hand bekam, wuchs das Unternehmen mit ebenso erstaunlicher wie gefährlicher Schnelligkeit.

Denn nun kam man ins „Gründen“ und erweiterte gleichzeitig den ursprünglichen Aufgabenkreis. Das Bedürfnis, die Bauparzer unabhängig von anderen Geldinstituten mit kleinen ersten Hypotheken zu versorgen, führte zur Gründung der Deutschen Heimstättenbank, die im wesentlichen wieder unter der Leitung derselben Persönlichkeiten stand und im Grunde nichts anderes war als der „Verschiebehof“ für die Gelder der verschiedenen Gesellschaften. Sodann wandte man sich seit Ende 1928 der Entschuldung des ländlichen Grundbesitzes zu. Auch das war zweifellos eine sozial und wirtschaftlich wichtige Sache. Aber sie ging schnell über den Rahmen dessen hinaus, was man mit den unzureichenden Kräften überblicken und darum verantworten konnte. Zuerst war auch dabei nur an die kleinen Leute gedacht. Als aber erstmalig ein Großgrundbesitzer zehn solcher Verträge gleichzeitig abschloß, schien sich damit ein Weg zu zeigen, auf dem man schnell zu größeren Mitteln kommen konnte. Noch verhängnisvoller wurde die Erfindung des sogenannten Kapitalbildungsvertrages, bei dem man auf sehr merkwürdige Weise schon nach Ablauf eines halben Jahres zu einem Darlehn in zehnfacher Höhe der Einzahlung kommen konnte. Dieser Vertrag, der mit den kleinen Heimstätten nichts mehr zu tun hatte, erschien sogar erfahrenen Finanzbegeisterten von Städten, ja, den Vertretern einer der deutschen Großbanken als ein geschäftlich einwandfreier Weg, so daß sie sich mit sehr hohen Summen an diesem Geschäft beteiligten und dadurch indirekt den Zusammenbruch herbeiführen halfen.

Dieser entwickelte sich, soweit man heute sehen kann, auf folgende Weise: Als die Entschuldungsverträge schnell zunahmen, wurde das im Frühjahr 1930 den Vertretern des Zentral-Ausschusses bedenklich. Sie verlangten mit Nachdruck, daß im Namen der Devaheim keine solchen Verträge mehr abgeschlossen werden dürften; sollte diese Arbeit fortgesetzt werden, müsse dafür eine besondere, auch dem Namen nach von der Inneren Mission getrennte Organisation geschaffen werden. Dadurch trat für mehrere Monate ein Stocken des Geldzuflusses ein, während die Abflüsse auf Grund der geschlossenen Verträge natürlich anhielten. Als dann jene neue Organisation geschaffen war — die Deutsche Entschuldungs- und Zweckspark-Aktiengesellschaft („Deuzag“) — war mit dem Herbst 1930 der Beginn der allgemeinen Wirtschaftskrise eingetreten. Dadurch wurden viele Bauparzer gezwungen, von ihren Verträgen zurückzutreten. Um das dadurch ins Sinken geratene Schiff wieder flott zu machen, ließ der Generaldirektor den Aufsichtsrat zum 30. September 1930 eine Zuteilung an die Bauparzer in Höhe von fast 8 Millionen Reichsmark beschließen. Er tat das in der Hoffnung, daß durch diese gewaltige Ausschüttung neuer Kredit gewonnen und neue Gelder flüssig gemacht würden. In Wirklichkeit waren jene 8 Millionen auch nicht im entferntesten verfügbar. Dadurch, daß solche Auszahlungen versprochen und Hunderte von Sparern zum Beginn eines Bauunternehmens veranlaßt worden waren, mußten sehr bald Zahlungsschuldungen entstehen. Sie wurden dadurch verschärft, daß man die anvertrauten Kapitalien zum Teil in Grundstücken und Hausbauten angelegt hatte, die sich mit der wachsenden Wirtschaftsnot als unverwertbar erwiesen. Als man die Gelder zur Befriedigung der drängenden Bauparzer brauchte, waren sie in Gestalt von Darlehn „eingefroren“ oder durch die eingetretene Entwertung der Grundstücke und die Unordnung in der Geschäftsführung überhaupt verlorengegangen.

Besonders bedauerlich ist, daß in dem Maß, wie die ursprüngliche Grundlinie verlassen wurde, auch das Geschäftsgebahren sich immer mehr von dem entfernte, was der Inneren Mission geziemt. Es wurden besonders von der Deuzag, die sich selbst als ein rein wirtschaftliches Unternehmen ansah und darum ihren ursprünglichen Zusammenhang mit der Inneren Mission nicht mehr glaubte berücksichtigen zu müssen, viel zu hohe Gehälter gezahlt. Drängten unbequeme Kritiker, drohten Veröffentlichungen in der Skandalpresse, so versuchte man sie durch Schweigegelder still zu machen. Besonderen Anstoß hat in

411 Stadt-Bibliothek S 839

diesem Zusammenhang mit Recht die Gewährung einer Vergütung von 100 000.— RM erregt, die der Aufsichtsrat der Deutzag dem Generaldirektor für die Erfindung seines Kapitalbildungsvertrages und zur Sicherung seiner Altersversorgung zubilligte und die er sich, ohne den dafür erforderlichen Beschluß der Generalversammlung abzuwarten, ohne Genehmigung des Aufsichtsrates, also widerrechtlich, in kleinen Raten hat auszahlen lassen. Der Vorsitzende des Aufsichtsrates (ber. D. Bremer, konnte die Dinge nicht mehr übersehen. In solchen entscheidungsvollen Entwicklungen aber ist Schwäche und Unkenntnis Schuld; und Nachgiebigkeit gegen innerlich fremde Mächte zieht unweigerlich in die Verhaftung mit dem Bösen hinein. So ließ sich der Vorsitzende verleiten, drei seiner nächsten Verwandten in verantwortliche Posten des Konzerns hineinzuziehen und ihnen viel zu hohe Vergütungen zahlen zu lassen. Immer dringender werdende Warnungen, die ihm von sachkundiger Seite zuzugingen, gab er an die anderen Mitglieder des Aufsichtsrates nicht weiter, so daß diese über die gefährliche Lage völlig im Dunkeln blieben. Ein Unternehmen, das in solcher Weise arbeitete, mußte zugrunde gehen. Im Mai 1931 war man genötigt, die Zahlungen einzustellen; zwei Monate später, nachdem die Bemühungen um eine Sanierung erfolglos gewesen waren, wurde der Konkurs erklärt.

Was soll jetzt geschehen? Die Öffentlichkeit beschäftigt sich natürlich zuerst mit der Frage, ob der angeordnete Schaden äußerlich wieder gut gemacht werden kann. Von ihm sind ca. 16000 Sparer betroffen. Darunter sind sehr viele, bei denen es sich nur um kleine Sparsummen handelt. Aber gerade an diesen kleinen Ersparnissen hängt oft ein besonderes Kapital von Fleiß und Zukunftshoffnung. In größter Not sind die, denen vom Herbst 1930 ab Zuteilungen von Baudarlehen versprochen waren und die daraufhin mit dem Bau von Häusern angefangen haben. Mit ihnen leiden zahlreiche kleine Bauunternehmer und Handwerker, denen ihre bisher geleistete Arbeit nicht bezahlt werden kann. Nicht minder drückend ist die Lage ländlicher Besitzer, die Entschuldungsverträge abgeschlossen und, um die Anzahlungen leisten zu können, Bankschulden zu hohen Zinssätzen aufgenommen haben. Es ist kein Wunder, wenn sich Verbitterung und Verzweiflung der Betroffenen bemächtigt hat. Es ist kein Wunder, daß sie an die Innere Mission und an die Kirche — denn die beiden gelten in der Öffentlichkeit als eins! — mit der Forderung herantreten: „Eure Leute haben uns um unser hauer erspartes Geld betrogen; nun müßt ihr uns das Verlorene in voller Höhe wiederschaffen.“ Nicht minder verständlich ist, daß der Kredit aller unter evangelischem Namen in der Öffentlichkeit getriebenen Arbeit stark erschüttert ist. Wir können die dadurch geschaffene Lage gar nicht ernst genug ansehen. Es handelt sich hier um Ehre und Leben der Inneren Mission und der evangelischen Kirche.

Darum können wir der Frage der Wiedergutmachung nicht aus dem Wege gehen. Sie kommt nicht nur aus den Notrufen der Geschädigten, sondern sie kommt aus unserm Gewissen heraus. Wir sehen so wenig wie die Leute draußen eine Möglichkeit, hier Innere Mission und Kirche voneinander zu trennen. Wir können uns auch nicht hinter dem Einwand verbergen: Was einzelne Männer in Berlin veräußert oder verschuldet haben, das geht uns im Lande nichts an. Es ist wie bei einem verlorenen Krieg: Da mögen einzelne Feldherren durch strategische Fehler die Niederlage verschulden; aber das ganze Volk

trägt die daraus erwachsende Not. Wir haben uns nicht bei dem Schelten über die Schuld einzelner aufzuhalten. Die ganze evangelische Kirche hat eine große Niederlage erlitten; wir alle sind an dem Konkurs beteiligt. Darum machen wir es alle wie ein ehelicher Geschäftsmann, der nach Erledigung des Bankrotts seine Gläubiger zu befriedigen sucht, soweit es irgend möglich ist, und wenn es auch auf Jahre hinaus von ihm schwere Arbeit und große Opfer fordert.

Über ist das Ziel erreichbar? Die geschädigten Devaheimgläubiger haben sich eine offizielle Vertretung geschaffen. Dieser Ausschuß, in dem erfahrene Fachleute sitzen, erklärt: Ja, es ist erreichbar. Und dieser Ausschuß — also nicht die Innere Mission oder die Notgemeinschaft — hat vor einigen Tagen eine neue Bauparkasse ins Leben gerufen, die die Rechtsnachfolgerin der Devaheim sein soll. Das war, so sagt der Gläubiger-Ausschuß, der einzige Weg, um die noch sehr erheblichen Werte aus dem Konkurs für die Bauparer zu retten. Es handelt sich um die vielen ausgeliehenen Gelder, die zwar gegenwärtig eingefroren sind, die aber im Lauf der Zeit zum großen Teil wieder flüssig gemacht werden können. Es handelt sich vor allem auch um die Tilgungsdarlehen, die an Hunderte von Bauparern ausgegeben sind und allmählich zurückgezahlt werden. Man rechnet damit, daß von solchen Aktiven noch sehr viele zu retten seien. So sei eine Wiedergutmachung eines großen Teiles des entstandenen Schadens zu erreichen, wenn im Laufe einiger Jahre aus allen Kreisen der Inneren Mission und der Kirche eine Beihilfe von 4 bis 5 Millionen Reichsmark ausgebracht werden könne. Die Verantwortung für diese Berechnung müssen wir den Fachleuten überlassen. Auch die Verantwortung für die neue Bauparkasse, die ein Selbsthilfswerk der Bauparer ist, muß Kirche und Innere Mission dem Gläubiger-Ausschuß völlig überlassen. Sie kann auch keinerlei Werbung mehr für sie übernehmen. Das Notopfer darf nur eingelegt werden unter der Voraussetzung, daß damit alle äußeren und inneren Verpflichtungen ein für allemal erledigt sind.

Ist diese Gewissheit geschaffen, so halten wir die Aufbringung eines Notopfers in der vorgeschlagenen Höhe wohl für möglich. Die durch die sehr dankenswerte Initiative von Generalsuperintendent D. Dr. Dibelius geschaffene Notgemeinschaft müßte als Hilfswerk der Kirche und der Inneren Mission von allen deutschen Kirchenbehörden und Landes- und Provinzialverbänden der Inneren Mission anerkannt werden. Ihre Leitung ist in entsprechender Weise auszugestalten. Ihr fließen die gesammelten Mittel zu. Sie ist für ihre Verwendung verantwortlich. Dabei soll sie sich des Rates der besten Fachleute bedienen und im Einvernehmen mit der seit dem 1. Oktober in Kraft getretenen Reichsaufsichtsstelle für Bauparkassen handeln. So müßten die denkbar größten Sicherungen geschaffen werden für die Durchführung der Hilfe. Scheitert sie dann doch, etwa an den Auswirkungen der fortschreitenden Wirtschaftsnote, so soll wenigstens von der Kirche und Inneren Mission gesagt werden können: „Sie hat getan, was sie konnte.“

Das ist aber nur das eine, was jetzt geschehen muß. Wichtig ist noch für die ganze Zukunft ist das andere. Wie wir alle versuchen, die Folgen der Schuld auf uns zu nehmen, so beugen wir uns alle unter das Gericht, das um dieser Schuld willen über uns ergeht. In tiefer Ehrerbietung hören wir auf das, was Gott uns durch diesen Zusammenbruch eines im Namen des Evangeliums angefangenen Geschäftsunternehmens sagen will. Wir prüfen ernstlich, wo und wie ein verkehrter Kurs verlassen und

ein falsches System geändert werden muß. Aus tiefer Trauer und Scham heraus erschauen wir für die Innere Mission eine Reformation an Haupt und Gliedern. Wo Mammonsgelb und Geschäftssinn in sie eingebrungen sind, müssen diese Fremdkörper gründlich ausgeschieden werden. In der Verwendung der anvertrauten Gelder hat sie die Grenzen besser zu erkennen, die unserm Handeln mit dem, was Christus das „Fremde“ nannte, gesteckt sind. Klarheit und Schlichtheit sollten wieder mehr als bisher Merkmal und Ehre aller Arbeit der Inneren Mission sein. Nur so lange hat sie Raum und Recht, als sie den Dienst des Wortes und der Barmherzigkeit aus den innersten Kräften des Evangeliums treibt. Niemals darf sie die ihr gegebenen Mittel als ein Werkzeug der Macht gebrauchen; sondern sie bleibt und wird immer mehr die demütige Dienerin der Kirche, weil sie eine Magd Christi ist.

Diese Arbeit innerster Erneuerung ist vom Zentral-Ausschuß für Innere Mission als seine Aufgabe erkannt worden. Die auf ihm liegende Last der Vergangenheit ist um so schwerer, weil er schon vor einigen Jahren durch die Geschäfte der „Hilfskasse“ großen Schaden erlitten hatte. Das war zwar keine ausgesprochen evangelische Einrichtung, sondern für sie war die Liga der freien Wohlfahrtspflege, zu der auch Katholiken, Rotes Kreuz und Juden gehören, verantwortlich. Und die für jene höchst bedenklichen Geschäftsunternehmungen zunächst verantwortlichen Direktoren sind keine evangelischen Männer gewesen. Aber immerhin war der Zentral-Ausschuß in diese Dinge sachlich und persönlich hineinverflochten, und er hatte zum Schaden der ihm angeschlossenen Anstalten viel ihm von den staatlichen Stellen zur Verwaltung anvertrautes Geld verloren. Die ihm dadurch zuteil gewordene schmerzliche Lektion hätte er besser beachten und sich von allen daran beteiligten Leuten trennen müssen. Dadurch, daß das nicht geschah, ist zum großen Teil die Katastrophe der Devaheim veranlaßt. — Jetzt ist eine tiefgreifende Veränderung herbeigeführt. Sämtliche Mitglieder des Vorstandes und des Verwaltungsausschusses und Finanzausschusses haben ihre Ämter zur Verfügung gestellt. Es ist ein neuer Kreis von Männern gebildet, der eine gründliche Umgestaltung des Zentral-Ausschusses in die Wege leiten soll. Er wird künftig schon darum sehr bescheidenen Umfang haben, weil alle seine Reserven durch den Konkurs der Devaheim verloren gegangen sind. Aber nicht wegen dieses äußeren Zwanges, sondern aus innerer Notwendigkeit heraus muß er den Weg innerster Bestimmung und schlichtesten Dienstes gehen und entschlossen zu dem zurückkehren, was D. Wichern ihm einst als Ziel und Weg gezeigt hat.

Wenn so der Gewittersturm, der über uns hereingebrochen ist, die Luft gründlich reinigt, kann er die Quelle großen Segens werden. Unter der Schmach, die durch die Schuld einzelner über uns gekommen ist, werden wir noch lange leiden. Aber auch dieses Leid kann sich in Kraft verwandeln, wenn wir es tragen, nicht als die Scheltenden und Verzagenden, sondern als die, die sich durch die heilsame Gnade Gottes züchtigen und erneuern lassen.

Ausbau der Handelsbeziehungen mit der Schweiz.

Berlin, 17. Oktober. Am Montag, den 19. Oktober 1931, werden in Bern deutsch-schweizerische Wirtschaftsverhandlungen zum Ausbau der gegenseitigen Handelsbeziehungen beginnen, zu denen sich die Reichsregierung auf Verlangen der schweizerischen Regierung bereit erklärt hat. Mit Führung der deutschen Delegation ist Ministerialdirektor Pöffe vom Reichswirtschaftsministerium beauftragt worden.

bekannten Düsseldorf-Pfarrer Homann durch ein Referat über die Bedeutung der Kirche ergänzt wurde. Von der reformierten Seite beleuchtete D. Lang, von methodistischer Superintendent Sommer dieselbe Frage, während D. Wobbermin die Gesichtspunkte systematisch ordnete. Lebendig wurde in Deutschland die Kirchenfrage durch die Umbildung der Staatskirche in der Revolutionszeit. In solchen Zeiten muß die Gemeinde die Norm für den Wiederaufbau ihrer Kirche im neuen Testament suchen. Die Kirche soll also Trägerin eines ganz bestimmten Bekenntnisses sein (D. Jöllner). Obwohl die neuestamentliche Kirche noch keine eigentliche Organisation ist, ist sie doch für einen Aufbau maßgebend, weil die einzelnen Gemeinden ja in einer Lebensgemeinschaft standen (D. Lang). Eine schwierige Frage, ob es möglich ist, eine Scheidung zwischen den Gliedern der Kirche und den zu Unrecht als solche Angesehenen anzubahnen, versucht Sommer, während D. Wobbermin die Kirche als Heilsanstalt soziologisch und pneumatisch und insofern unsichtbar gesehen haben möchte von der Kirche als einem soziologischen und insofern sichtbaren Begriff.

Diese wenigen Gedanken geben nicht im entferntesten ein Bild von der Mannigfaltigkeit der Anregungen, die durch die Aussprache zum Ausdruck kommt. Das Buch ist wissenschaftlich gehalten und nur für Theologen verständlich, kann aber diesen nur dringend empfohlen werden, weil es nicht nur Antworten gibt, sondern durch seine Problematik zum weiteren Nachdenken anregt.

Papke, R.: „Der Schloßgeist.“ Eine historische Erzählung aus Bernerode's Vergangenheit. Christophorus-Verlag, Neumünster. Preis 3.— RM.

Die Verfasserin reiht hier ihren früheren Erzählungen eine gleich gute an. Aus Luthers Zeit wird hier geschildert, wie sich die Familie Stolberg-Bernigerode der evangelischen Lehre zuwendet. Interessante Einzelheiten aus dem Kreise der großen Familie machen das Buch zu einer recht spannenden Lektüre. D. A.

„Leibesübungen und Alkohol.“ Herausgeber Dr. Hermann Polzer und Ernst Bauer. 30 Seiten mit Umschlagbild. Verlag „Auf der Wacht“, Berlin-Dahlem. Preis 30 Pf. für 1 Stück, 25 Pf. ab 10 Stück.

Alkoholausschank auf Sport- und Spielplätzen. Welcher Vereins- oder Kantinenpächter hat sich nicht schon mit Konzeptionsfragen befassen müssen? Genaue Kenntnis der maßgebenden Bestimmungen des neuen Gaststättengesetzes vom 1. Juli 1930 mit seinen Voraussetzungen und Ausnahmen für den Sportplatz, die Jugend usw. vermittelt die soeben erschienene Schrift.

Auch der übrige Inhalt der Schrift interessiert Vereine und Führer. Die Titel der Abschnitte seien hier wiedergegeben: Leibesübungen und Alkohol — warum? — Sportleistung und Alkoholgenuss. — Sportmeister und der Alkohol. — Was sagen die Führer? — Die Sportmarkkarte: 1.7 Millionen! — Die Sportplatzfrage. — Aus der Sportpraxis. — Was trinkt der Sportsmann und Turner?

Antwort des Glaubens.

Ein Weltanschauungskampf von größtem Ausmaß ist entbrannt. Das Freidenkertum geht entschieden zum Angriff vor. In Bielefeld hatte ein früherer katholischer Pater, jetzt Freidenker, zu dem Thema: „Volkstrot und Erlösungsglaube“ gesprochen. Darauf glaubten die kirchlichen Verbände die Antwort nicht schuldig bleiben zu dürfen. Professor Weidt aus Frankfurt a. M., derselbe, der vor etwa Jahresfrist anlässlich des kirchlich-sozialen Kongresses in der Bielefelder Ausstellungshalle zu dem Thema: „Soll Deutschland in Arbeitslosigkeit und Bolschewismus untergehen?“ gesprochen und dabei reichen Beifall geerntet hatte, war herbeigeeilt und sprach im selben Raum zu einer großen Versammlung evangelischer Männer und Frauen. Professor Weidt versuchte, den Kampf der Weltanschauungen, wie er heute ausgefochten wird, im Zusammenhang mit der Gesamtkrise zu sehen, wie wir sie heute in Deutschland und in der ganzen Welt erleben; ja, er sah in allen Fragen wirtschaftlicher, politischer, sozialer und kultureller Art, wie sie uns heute bedrängen, im letzten Grunde diese letzte weltanschaulich-religiöse Frage aufbrechen. Daß damit in der Tat die uns umgebende und bedrängende Wirklichkeit richtig erfasst ist, lehrt uns jede tiefere Betrachtung der Zeitverhältnisse, in denen wir stehen und wird heute bereits von den verschiedensten Seiten klar erkannt und bestätigt. Professor Weidt leitete aus dieser Beobachtung den ersten Appell an die evangelische Kirche her, nicht mehr abseits vom öffentlichen Leben zu stehen, sondern mitzukämpfen an den Fronten, die sich heute gebildet haben. Ob damit alles gesagt ist? Bei allem Dank für das, was uns geboten wurde, darf doch vielleicht auch gesagt werden, daß der Vortrag nach unserem Urteil manchmal der ganz ungeheueren Problematik, die in der Gegenüberstellung von Volkstrot, bezw. Weltnot und Erlösungsglauben liegt, nicht ganz gerecht wurde. Biblisch geredet könnten wir sagen: Das Negernis des Kreuzes, das darin besteht, daß Christus in der Welt immer noch der Schwache, der Verborgene ist, der nur im Glauben erkannt und festgehalten werden kann, kam nicht genügend zum Ausdruck. Insofern war das schlichte Zeugnis des einfachen Arbeiters, der gegen Schluß der Versammlung uns sagte: Uns Ar-

beitern, die wir im Schatten wohnen, ist Christus eine Gotteskraft und kann als solche erlebt werden, vielleicht das Wertvollste und Eindringlichste des ganzen Abends.

Man halte uns ein wenig Kritik zugut. Die Kirche ist leicht in der Gefahr, sich in eine falsche Front- und Kampfesstellung der anrückenden Gottlosen- und Freidenkerbewegung gegenüber drängen zu lassen. Sie ist dieser Gefahr ganz gewiß überall dort erlegen, wo sie glaubt, durch Gegenkündgebungen, durch Proteste und Aufrufe den Kampf mit ihren Gegnern führen zu sollen. Christus kann nicht bewiesen oder verteidigt werden, Christus kann nur bezeugt werden. Und muß bezeugt werden als der, der für seine Feinde, für die Gottlosen gestorben ist. Je mehr die Kirche es lernt, den Kampf, der ihr aufzuzwingen wird, in dieser Weise, aus dem Geist des Evangeliums zu führen, um so mehr wird sich der gewaltige Ansturm der Gottlosigkeit in einen Sieg Christi und seines Reiches verwandeln.

Bücher und Zeitschriften.

Die hier angezeigten Bücher sind zu beziehen durch die Buchhandlung der Anstalt Bethel.

Die Kirche im Neuen Testament in ihrer Bedeutung für die Gegenwart. Ein Gespräch zwischen lutherischen, reformierten und freikirchlichen Theologen. Im Auftrag des deutschen Ausschusses für Glauben und Verfassung der Kirche, herausgegeben von Professor Dr. Siegmund Schultze. Berlin, Furche-Verlag. 1930.

Die Besprechung dieses eigenartigen Buches hat sich verspätet. Das ist aber nicht bedenklich, weil diese Schrift einen dauernden Wert hat. Für uns in Deutschland ist es etwas Neues, daß Männer ganz verschiedener kirchlicher Richtungen sich an einen Vernehmlichungsversuch setzen, um über die Frage nach dem Wesen der Kirche im Sinne des Neuen Testaments miteinander zu verhandeln. Neunzehn Personen kommen in Referaten und Diskussionsbeiträgen zu Wort: zwei in der Kirchenfrage führende Männer in der Preussischen Landeskirche — Generalsuperintendent D. Dibelius und D. Jöllner —, ein Bischof der Brüdergemeinde (D. Jensen), ein Superintendent der deutschen Methodistenkirche (Sommer), theologische Dozenten, z. B. D. Kittel-Zübingen und eine Reihe von Pfarrern und Superintenden, ich nenne nur Homann-Düsseldorf, v. Kirchbach-Dresden. Im Rahmen einer Besprechung ist es natürlich unmöglich, die hier durchgesprochenen Fragen auch nur anzudeuten. D. Jöllner — also ein anerkannter Führer der Lutheraner — steuerte das grundlegende Referat bei über den Episkopat, das durch den

Die einer Ent- den Abge- der dann- wie sehr die Nieder- christlich- nochmals- ner forder- zerne und Privatwi- und stellt- schaft auf-

Re-

mach- Ich- hatte geg-

Die 2- eine Reih- verordnu- überweie- hört wer- zusammen-

Eine geschlag- rer der 2- sie die 2- haben. W- in den W- sen würd- sein. Es- machen.

Wir- bemüht, Arbeitg-

So aber- hinein gu- fationen- nende Fr-

Das- gigen A- alles zu f- in zwei f- Ich-

an mich f- Aber auf- Hilfer sag- gelungen- dieser Au-

Ich-

gesehen, bitteten 2- wandende- haupt dar-

Wir fin-

Es 2- nicht geht- Reparatio- einmal ein- parationen- lgn, und 2- man an- so wird f- und Höhe- Methode, über die 2- war, als- und Reden- lands über- rung den- sagen, daß- brechen wi-

Abg- rung folg- netts und- eine politi-

Volk ohne Volksvertretung.

Der Reichstag auf den 23. Februar vertagt. — Panzerkreuzer B gefährdet?

25 Stimmen Mehrheit für Brüning.

Die entscheidende Sitzung beginnt mit der Vorlegung einer Entschließung des Kriegsschädigtenauschusses durch den Abgeordneten D. Mumm, die angenommen wird. Bei der dann folgenden Aussprache zeigt sich immer wieder, wie sehr die bevorstehende Abstimmung das Interesse für die Reden beeinträchtigt. Als erster Redner spricht der christlich-sozialen Abgeordnete Rippel, der die Regierung nochmals die Unterstützung seiner Fraktion versichert. Redner fordert ein Einschreiten gegen die Preispolitik der Konzerne und Kartelle, bezeichnet die hohen Gehälter in der Privatwirtschaft und bei den Kommunen als aufreizend und stellt dann die Forderung nach einer Arbeitsgemeinschaft auf.

Reichskanzler Dr. Brüning

macht etwa folgende Ausführungen:

Ich bin dankbar für die Anregungen, die in der Debatte gegeben worden sind.

Die Reichsregierung wiederholt sich nicht einem Antrag, eine Reihe formuierter Vorschläge auf Änderung der Notverordnung einem Ausschuss zur weiteren Beratung zu überweisen. Wir wollen nur, daß nicht die Klammern zerstört werden, die unser Wirtschafts- und Finanzgebäude zusammenhalten.

Eine andere Gesamtlösung ist von keinem Redner vorgeschlagen worden. Ich danke allen Rednern, auch dem Führer der Nationalsozialisten, für die Bornehmheit, mit der sie die Polemik gegen mich in der Reichstagsdebatte geführt haben. Wenn diese Besserung der politischen Methoden auch in den Parteiverfassungen der kleinsten Orte Platz greifen würde, dann würden manche Maßnahmen überflüssig sein. Es ist keine Freude, der Presse Zwangsaufgaben zu machen.

Wir haben uns — das erwidere ich Herrn Dingeldey — bemüht.

Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammenzuführen auf einer mittleren Linie.

So aber geht es nicht, daß mitten in diese Verhandlungen hinein gutgemeinte Aufrufe wirtschaftlicher Spitzenorganisationen hineinplagen, die sofort zwei sich reißend voneinander Fronten herbeiführen.

Das ist ja die Aufgabe dieses von Parteien unabhängigen Kabinetts, gemeinsam mit dem Wirtschaftsbeirat alles zu tun, damit nicht in diesem Winter das deutsche Volk in zwei feindliche Heerlager gespalten ist.

Ich habe noch nicht die Möglichkeit gehabt, den offenen Brief Hitlers

an mich selbst ganz durchzulesen. Ich werde ihn durchlesen. Aber auf ein paar Stellen möchte ich schon jetzt eingehen. Hitler sagt, wenn auch nur vorübergehend eine Sanierung gelungen wäre, hätte niemand an die Revision gedacht. In dieser Auffassung liegt ein grundsätzlicher Fehler.

Ich habe nicht mit einer Revision des Youngplans angefangen, sondern es war zunächst meine Aufgabe, unter bitteren Opfern des deutschen Volkes ein absolut finanziell wankendes Gebäude zunächst einmal zu stützen, um überhaupt darin leben zu können.

Wir sind die erste Regierung gewesen, die aus eigener Kraft und nicht aus Anleihen erfüllt hat.

Es zeigte sich dabei, daß es so mit den Reparationen nicht geht. Entweder gibt man uns das Geld, um es in Reparationen wieder zurückzahlen — und das hat auch einmal ein Ende —, oder man gibt uns die Freiheit, die Reparationen mit einem riesigen Ausfuhrüberschuß zu bezahlen, und auch das können die Völker nicht vertragen. Wenn man an das Erfüllen ohne ausländische Kredithilfe geht, so wird sich zeigen, daß es nicht möglich ist, in dieser Form und Höhe Reparationen zu bezahlen. Ich glaube, daß diese Methode, die gewählt wurde, um eine Aufklärung der Welt über die wirkliche Lage Deutschlands zu schaffen, wirkungslos war, als manche Forderung der Parteien. Denkschriften und Reden werden die Welt nicht von der Notlage Deutschlands überzeugen. Es überzeugt allein, wenn eine Regierung den Mut hat, ihre Karten aufzudecken und nicht zu sagen, daß sie mit allem Aufertigstem mit einem Schlage brechen will.

Hg. Schmidt-Hannover (Dnat.) verliest eine Erklärung folgenden Inhalts: Ein Weiterregieren dieses Kabinetts und eine neue Ausschaltung des Reichstags würde eine politische Lage von so tragischer Schwere schaffen, daß

ein Abgleiten in chaotische Zustände unvermeidlich wäre. Der Mißerfolg der mit nie dagewesenen Vollmachten ausgestatteten Regierung Brüning liege klar vor Augen. Brüning sei geachtet, weil er sich aus der Abhängigkeit von der Sozialdemokratie nicht zu befreien vermochte. Wenn Brüning von einer Rechtsregierung Erklärungen gegenüber dem Ausland befürchte, dann befremde es die Rechtsparteien, daß der Kanzler überhaupt daran gedacht habe. Das Vertrauen des In- und Auslandes zu einer klaren Rechtsregierung werde größer sein als das Vertrauen zu einer hundertfach widerlegten Regierung. Der Bankrott der Außenpolitik sei in erschütternder Weise zutage getreten. So vorbelastet wolle der Kanzler in internationale Verhandlungen eintreten? Damit steige die Gefahr eines dritten Tributplans und einer Verewigung der deutschen Wehrlosigkeit.

Wir erklären erneut — so heißt es zum Schluß — daß wir neue internationale Lasten und Bindungen, die diese Regierung übernimmt, nicht anerkennen. Die Verantwortung für die Übernahme solcher Verpflichtungen würde denen zur Last fallen, die diese Regierung nicht stützen.

Den Schluß des Rednerreizes bilden dann Ausführungen der Sprecher der kleineren Gruppen. Danach beginnt

die Abstimmungsschlacht.

Zunächst wird in einer namentlichen Abstimmung über den von den Kommunisten, Deutschnationalen und Nationalsozialisten eingebrachten Mißtrauensantrag gegen das Gesamtkabinett entschieden. Die Abstimmung ergibt die Ablehnung des Mißtrauensantrages mit 295 gegen 270 Stimmen bei drei Stimmenthaltungen.

Das Abstimmungsergebnis wird von der Mitte mit Beifall, von der Rechten und den Kommunisten mit Schweigen aufgenommen.

Die zweite Sitzung des Reichstags.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung wurden der kommunistische und der nationalsozialistische Antrag auf Einstellung der Polizeikostenzuschüsse an die Länder gegen die Antragsteller abgelehnt, desgleichen der kommunistische Antrag auf Maßnahmen gegen Brotpreissteigerungen.

Ein kommunistischer Antrag, der die Einstellung der Panzerkreuzer-Bauten und die Verwendung der so ersparten Mittel für Kinderpflege verlangt, wurde im Himmelfahrtstag mit 211 Stimmen der Sozialdemokraten beider Richtungen und Kommunisten, die wegen des Fehlens der Rechtsopposition die Mehrheit haben, gegen 171 Stimmen angenommen.

Ein kommunistischer Antrag auf Einstellung der Abfindungszahlungen an die Fürsten wurde abgelehnt. Ein sozialdemokratischer Gesetzentwurf, der das gleiche Ziel verfolgt, wurde dem Rechtsausschuß überwiesen.

Reichstag auf 23. Februar vertagt.

— Berlin, 16. Oktober. Um 22,30 Uhr vertagte sich der Reichstag auf den 23. Februar 1932.

Vor der Vertagung nahm der Reichstag in erster Lesung einen sozialdemokratischen Gesetzentwurf an, der die Länderregierungen ermächtigt, alle Leistungen aus Verträgen oder Urteilen an ehemalige Fürsten und Mitglieder der standesherrlichen Familien mit sofortiger Wirkung einzustellen. Der Gesetzentwurf wurde dann nachträglich dem Rechtsausschuß überwiesen.

Eine „üble Episode“.

Die Berliner Blätter zur Kanzlerrede und zur entscheidenden Abstimmung im Reichstag.

— Berlin, 17. Oktober. Die „Berl. Börsenzeitung“ bezweifelt, daß die Werbungen des Reichskanzlers in seinen beiden Reden für seine Regierung den gewünschten Erfolg gehabt hätten, wenn ihre platonische Kraft nicht gepaart gewesen wäre mit viel greifbarerem Werbemittel. Was in diesen Tagen bei dem Kampf um die 20 Stimmen, auf die es ankam, sich ereignet habe, sei eine der übelsten Episoden in der Geschichte des Parlamentarismus. Eine Episode, für die die gewiß nicht sehr schmeichelhafte Bezeichnung „Ruhhandel“ noch viel zu milde sei. Der „Lokalanz.“ nimmt Stellung gegen den Umfall der Wirtschaftspartei, die der Regierung Brüning

zu ihrem „Sieg“ verholfen habe. Die „Deutsche Zeitung“ schreibt, was sich am Freitag im Reichstag abgespielt habe, sei keine geschichtliche Entscheidung gewesen. Kein auch nur oberflächliche Kenner dieser parlamentarischen Verhältnisse hätte etwas anderes erwartet. Der entscheidende Punkt liege nicht in der Abstimmung eines Parlamentes, das nachweislich den Willen der Nation nicht mehr verkörpere, sondern in der restlosen Klärung der Lage und der politischen Gruppierung durch die nationale Opposition. Die weitere Entwicklung werde zwangsläufig sein. Die „Vossische Zeitung“ stellt fest, daß die Autorität der Regierung am Freitag eine doppelte Stärkung erfahren habe (?). Einmal durch die Entscheidung des Reichstages und dann durch den Erfolg der Reichsbahn-anleihe, die 170 Millionen geflüchteten und versteckten Kapitals hervorlockte. Es habe sich bestätigt, daß das zweite Kabinett Brüning trotz der geringen Veränderungen einen anderen Charakter trage, als die Regierung der drei Notverordnungen. Die Personen seien geblieben, aber der Geist habe sich gewandelt. (Soffentlich nicht zu sehr im Sinne des Allsteinblattes. — Die Red.)

Die NSDAP zum Ausgang der Reichstagsabstimmung

„Wie hoch war der Kaufpreis?“

— München, 16. Oktober. Die Pressestelle der Reichsleitung der NSDAP schreibt zum Ausgang der parlamentarischen „Abstimmungsschlacht“:

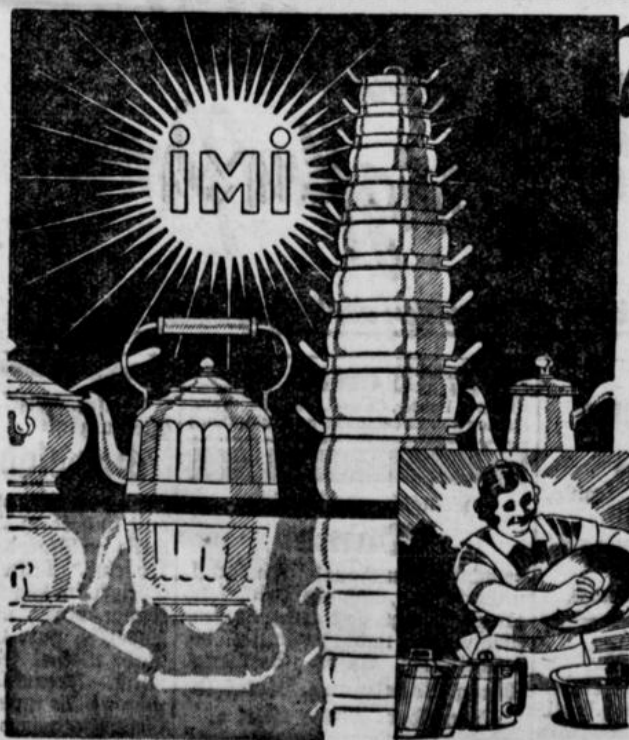
„Noch einmal hat kleinlicher Krämmergeist das System, das überreif zum Sturze war, gerettet. Noch einmal haben materielle, rein egoistische Interessen einen Pyrrhussieg errungen über das Interesse der Nation. Die Regierung hat keinen Anlaß, auf diesen „Erfolg“ stolz zu sein. Marxistische Angst vor der Abrechnung und wirtschaftlicher Interessenschacher sind die Säulen, die das morsche, in allen Fugen krachende Gebälk noch ein letztes Mal notdürftig stützen und zusammenhalten. Es wäre von Interesse, zu erfahren, wie hoch der Kaufpreis gewesen ist, der in der heutigen Abstimmungsschlacht noch einmal über das Schicksal des deutschen Volkes entschieden hat. Die NSDAP hat alles getan, um der Nation und besonders dem schaffenden Volk das ungeheure Elend zu ersparen, das mit der Fortsetzung dieser Politik verbunden ist, die bis dahin geführt hat, wo wir heute stehen. Noch einmal aber hat eine Vereinbarung wahrer volkszerstörender Mächte, der Marxisten, der Unfähigen und der Unbelehrbaren und der parlamentarischen Profitgier, sich der deutschen Schicksalswende in den Weg gestellt. Auf sie fällt nunmehr die volle Verantwortung für die kommenden Ereignisse und für alles, was weiter an Not und Elend über das deutsche Volk hereinbrechen wird. Die NSDAP weiß sich frei von jeder Schuld. In dem Bewußtsein, wie immer, so auch in diesen Tagen ihre volle Pflicht getan zu haben gegenüber der Nation, tritt sie an zu neuem Kampf mit dem unbeugsamen Willen, ihn zum endgültigen Sieg zu führen.“

Völkerbunds-Austritt Japans?

Amerika nimmt die Einladung an. — Generalkonsul Gilbert zum Beobachter ernannt.

— Genf, 17. Oktober.

Nach langwierigen Verhandlungen hat der Völkerbundsrat die Vereinigten Staaten telegraphisch eingeladen, einen Vertreter zu den Ratsverhandlungen im Ostaftenkonflikt zu entsenden. Der japanische Ratsdelegierte hat bis zum letzten Augenblick die Einladung widerprochen und den Standpunkt vertreten, der Rat sei nicht befugt, mit Mehrheitsbeschluß einen Nichtmitgliedstaat zu den Ratsverhandlungen hinzuzuziehen. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat sofort nach Eingang der Einladung dem Ratsbeschluß zugestimmt und den Generalkonsul in Genf, zum Beobachter ernannt. Generalkonsul Gilbert hat daraufhin an den Botsprechungen der Ratsdelegierten bereits teilgenommen. In Tokio hat die Einladung der Vereinigten Staaten nach den soeben eingegangenen Meldungen tiefe Verstimmung erregt. Gerüchte sprechen von einem bevorstehenden Austritt Japans aus dem Völkerbund. Von offizieller Seite wird dazu erklärt, die japanische Regierung habe den Austritt aus dem Völkerbund noch nicht erwogen.



Wenn das Fenster blitzsauber strahlt,

wenn Pfannen, Töpfe und Tiegel in appetitlicher Reinheit glänzen — dann weiß man: hier wird mit Liebe geschafft, hier schaltet die Hand einer tüchtigen Hausfrau, hier schmeckt das Essen! Und so einfach ist es:

IMI, der unvergleichliche Küchenhelfer, übernimmt es, alle Geister der Unsauberkeit zu verjagen. Im Handumdrehen, in der halben Zeit wie sonst, ist das Geschirr blitzsauber, geruchlos, und alles blitzt wie neu!

Ein Eßlöffel IMI auf einen Eimer heißes Wasser, eine Ausgabe von nur gut 1 Pfennig, verschafft Ihnen das. Deshalb gehört IMI in jede Küche!

IMI das Mädchen für alles!

IMI Henkel's Aufwasch-, Spül- und Reinigungsmittel für Haus- und Küchengerät. Hergestellt in den Persilwerken.



Die amerikanische Kommission

in der Mandchurei weitergereist.

— Moskau (über Kowno), 17. Oktober. Nach einer Meldung aus Peking konnte die amerikanische Untersuchungskommission, die auf der Reise nach Kintschou von den Japanern aufgehalten worden war, die Fahrt am Freitag fortsetzen und ist in Kintschou eingetroffen, um dort die Lage zu studieren. Die Kommission hat mehrere photographische Aufnahmen von den durch die letzten Bombardements angerichteten Schäden gemacht.

— Schanghai, 17. Oktober. Der britische Gesandte ist am Freitag zum Studium der politischen Lage in Schanghai eingetroffen. Der französische Gesandte wird am Sonnabend eintreffen.

Bahnanleihe bisher 170 Mill.

Erhöhung der zusätzlichen Aufträge der Reichsbahn.

— Berlin, 17. Oktober.

Die Zeichnungen auf die 4½prozentige steuerfreie Reichsbahnanleihe im Zusammenhang mit der Steueramnestie-Verordnung haben einen Erlös von 170 Millionen Mark erbracht. Die allgemeine Zeichnungsfrist läuft noch bis zum 31. Dezember. Dieses vorläufige Ergebnis übertrifft weit die anfänglichen Schätzungen von 50 bis 60 Millionen. Mit diesem Zeichnungsergebnis sind die Mittel für die zusätzlichen Aufträge der Reichsbahn mehr als sichergestellt. Da das bisherige Zusatzprogramm auf 100 Millionen abgestellt war, ergibt sich schon jetzt die Möglichkeit, den Umfang der zusätzlichen Aufträge um 70 Prozent zu erhöhen.

Gestartet.

„Graf Zeppelin“ zur Südamerikafahrt aufgestiegen.

— Friedrichshafen, 17. Oktober. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist heute (Sonnabend) früh 1,05 Uhr unter Führung von Kapitän Lehmann zu seiner dritten diesjährigen Südamerikafahrt trotz des sehr starken Bodensindes aufgestiegen. An Bord befinden sich 17 Passagiere.

Mittwoch Landtag-Abstimmung

Die politische Aussprache beendet. — Zwei Ministerreden.

— Berlin, 16. Oktober.

Der Preussische Landtag führte die politische Aussprache nunmehr zum Abschluß und vertagte sich danach auf Dienstag. Die Schlussworte zur Begründung der eingebrachten Mißtrauensanträge wurden auf Verlangen der Deutschnationalen gegen die schwach im Saal vertretenen Regierungsparteien gleichfalls auf Dienstag vertagt. Die Abstimmungen wurden auf Mittwoch angesetzt.

3. Beginn der Sitzung sprach Vizepräsident Baumhoff dem volksparteilichen Abgeordneten Dr. Leidig herzlichste Glückwünsche zum 70. Geburtstag aus. Der Blah Dr. Leidig war mit einem Strauß roter Rosen geschmückt.

Im Verlaufe der Debatte sprachen noch Vertreter fast aller Fraktionen und die Minister Severing und Grimme.

Staatsminister Severing

setzte sich mit den Angriffen der Oppositionsredner auseinander und wies dabei den Vorwurf zurück, er habe hinsichtlich der Meinungsfreiheit der Beamten beim Volksscheid Wortbruch begangen. Die Regierung habe verlangen müssen, daß unter den anderen Verhältnissen die Beamten sich drei- und viermal überlegen sollten, ob sie an einem Volksscheid teilnehmen dürften. Wenn die letzten Lohnbewegungen der kommunistischen Berg- und Hafenarbeiter nicht zu einer Katastrophe geführt hätten, dann sei das verhindert worden durch die Disziplin der Gewerkschaften und die Zuverlässigkeit der Polizei.

Kultusminister Grimme

äußert sich zu den Sparmaßnahmen im Schulwesen und bedauerte die Auswirkung der Notverordnung. Wenn man sich vor Augen halte, daß von den 740 Millionen Mark Ausgaben im Kultushaushalt 630 Millionen für Personalausgaben beansprucht würden, ergebe sich zwangsläufig, daß die Sparmaßnahmen überwiegend auf Personaleinschränkungen hätten entfallen müssen.

Die Durchführung des Abbaues werde sich über Monate erstrecken, so daß der individuellen Behandlung weitgehend Rechnung getragen werden könne. Ausführlich erläuterte der Minister die Not des Lehrernachwuchses und erklärte, in diesem Punkte drohe in der Tat die Notverordnung im eigentlichen und tiefsten Sinne eine verordnete Not zu werden. Die größte Gefahr der Notverordnung bestiehe darin, daß eine Generation von Lehrern auszufallen drohe. Den Lehrern, die durch freiwilligen Abgang der Jugend Raum geschafft hätten, gebühre Dank.

16 000 Junglehrer würden mit verminderten Bezügen der Schule erhalten bleiben. Von den Studienassessoren bezögen 1100 Anwärter weiter vier Fünftel ihrer Bezüge; auch sie blieben in beschränktem Maße in der Arbeit.

Abg. von Dessen (Rad. Mittelfr.) erklärte, es komme darauf an, den Einfluß des marxistischen Systems zu beseitigen. Abg. Stendel (DVP.) fragte den Minister, was er gegen die kommunistischen Terrorgruppen zu tun gedenke. — Abg. Jall (Staatspartei) forderte die Befestigung der schlimmsten Härten der Notverordnung. — Abg. Kießel (Dnat.) wandte sich gegen die Sparmaßnahmen auf dem Gebiet des Volksschulwesens und die Befestigung des Rektorats an den Volksschulen.

Abg. Müller-Hessen (Komm.) bezweifelte die Richtigkeit der amtlichen Statistik über die Todesopfer des kommunistischen Terrors. — Abg. Dr. Graf von Posadowsky-Wehner (Volksrechtspartei) fragte, wann die Urheber der deutschen Inflation festgestellt werden würden. — Abg. Dr. Hoffmann-Münster (Dnat.) erörterte die Notverordnungsbestimmungen hinsichtlich des Hochschulwesens.

— Der französische Ministerpräsident Laval hat nunmehr an Bord des Dampfers „Isle de France“ die Ueberfahrt nach den Vereinigten Staaten angetreten.

Westdeutsche Arbeitskonferenz des D. G. V.

Am 17. und 18. Oktober findet in Bad Deynhausen die „Westdeutsche Arbeitskonferenz“ des „Deutschen Evangelischen Volksbundes für öffentliche Mission des Christentums“ statt. Die Tagung steht unter dem Thema: „Zwei Fronten — gottlos oder gottverbunden.“ Zwei Arbeitsgemeinschaften sind vorgesehen: „Unsere Zeitlage und unser Volksbund“; „Unsere Zeitlage und die Gemeinde“. Der Eröffnungsabend findet am Sonnabend in der Stadtkirche statt. In den beiden Hauptgottesdiensten in Bad Deynhausen wird der Tagung gedacht werden. Am Sonntagabend findet ein Missionsfest des „Evangelischen Südamerika-Missionsbundes“ statt. Posaunen- und Chormitwirkung ist vorgesehen.

Bethel.

— Einladung zu einem Bibelkursus vom Bund deutscher Mädchenbibelkreise (M.B.K.) mit unserem Reichswart Fräulein A. Lawton, Leipzig, am Sonnabend und Sonntag, den 17. und 18. Oktober in Bethel im Remter. Samstag, 17. Okt.: 16½ Uhr: Begrüßung; 17 Uhr: 1. Bibelstunde: Der Anspruch Gottes; 19 Uhr: Kakaotrinken (Brote mitbringen); 20 Uhr: 2. Bibelstunde: Der Anspruch Gottes.

Sonntag, 18. Okt.: 8½ Uhr: Gemeinsamer Kirchgang; 10 Uhr: 3. Bibelstunde: Der Anspruch Gottes; 12½ Uhr: Mittagessen; 15 Uhr: Kaffeetrinken (Gebäck mitbringen); 16 Uhr: Missionsnachmittag; Ende gegen 18 Uhr.

— Der Vaterländische Frauenverein, Ortsgruppe Bethel-Gadderbaum, veranstaltet am 22. dieses Monats eine Verlosung, deren Ertrag dazu dienen soll, wo die Räte der Zeit besonders hart hineingreifen, sorgend und helfend beizutreten.

Wer in diesen Tagen seinen Weg am Hause Gosen vorbei nimmt, der veräume es nicht, einige Augenblicke an dem Fenster zu verweilen, in dem viele kleine und größere Sachen, welche von einer Reihe von Freunden geschenkt wurden, ausgestellt sind.

Es wäre nun zu wünschen, daß eine Betrachtung der schönen Verlosungsgegenstände vielen Veranlassung sein würde, ein Los oder mehrere noch zu kaufen, die die Bäckerei, Ophir und der Schlachthof für 50 Pfennig je Stück ausgeben. Damit alle Lose sehr bald untergebracht sind, wird herzlich um allseitige Mithilfe gebeten.

Anzeigen aus Bethel.

— Weißhohl zum Einholen angekommen. Ophir, Abt. Gemütsheile.

— Laute, guterhaltene, klingvolles Instrument, zu kaufen gesucht. Angebote an die Geschäftsstelle d. Bl.

Schriftleitung: B. Kraus; Wirtschafts- und Welpolitik: Dr. G. Hüttel; Anzeigen: R. Diekmann; alle in Bethel.

Die Verlobung unserer Tochter Else mit Herrn Dr. med. Walter Schirmer aus Eisenberg (Thür.) beehren wir uns anzuzeigen.

Pastor Friedrich Greve und Frau Renate, geb. Ostendorf

Bethel, den 18. Oktober 1931

Else Greve
Dr. med. Walter Schirmer
Verlobte

G. Steinmann
Orgel- u. Harmoniumbau
Vlotho-Wehrendorf

Harmoniums in allen Größen und Preislagen nach den Grundsätzen der neuzeitigen Orgelreform von 150.— RM an.

Reparaturen sowie Stimmen gebrachter Instrumente.

Katalog kostenlos.
Gebrauchte Harmoniums sowie Klaviere stets am Lager.



Knoblauchzwiebelkraft

ist ein hochwertiges Naturmittel und besitzt die Eigenschaft den erhöhten Blutdruck herabzusetzen, daher äußerst wirksam gegen Arterienverfälschung und Hämorrhoiden, gut gegen Magen- und Darmstörungen, Nieren-, Blasen-, Gallen- und Leberbeschwerden, Würmer, bei Zucker, Gicht, Rheumatismus und Asthma sehr zu empfehlen. Schon vor 3000 Jahren gebräuchlich die orient. Völker den Knoblauchkraft gegen viele Krankheiten und sollte dieses hochwertige Naturmittel deshalb in keiner Familie fehlen. Preis pro Flasche für ca. 4 Wochen reichend Mk. 3.50. Bei geschlossener Bestellung von 5 Flaschen, liefere ich die 6. Flasche gratis franco Nachnahme.

Otto Kadas, Bad Deynhausen 4.

Moderne

Augenoptik

H. Breder
BIELEFELD

Gütersloherstr. 14 / Fernr. 1012

Für unseren Haushalt (2 Erw., 2 Kd.) suche ich

2 Haustöchter

Schlacht um Schlacht.
Frau Pastor Hagemann,
Schwerte (Ruhr).

Sofort gesucht

Personen jeden Standes zur Uebernahme einer

Maschinenfriderei

auch nebenberuflich. Garantiert dauerndes Einkommen, denn wir verkaufen die fertige Arbeit. Keine Vorkenntnisse nötig. Entfernung kein Hindernis. Verlangen Sie noch heute unverbindlich und kostenlos Auskunft von

Stridmaschinen-Gesellschaft,
Hamburg 6,
Bollvereinstraße 14.

Bekannt, reell und billig!

Neue Gänsefedern

aus der Gans gerupft, mit sauren, doppelt gewaschen und gereinigt, beste Qualität 4 Pfd. Mk. 3.—, Halbdaunen Mk. 4.50, ½ Daunen Mk. 6.25, in Volldunen 9.—, 10.—, Gerissene Federn mit Daunen, gereinigt 3.40 und 4.75, sehr sort und weich 5.75, 1a 7.—, Versand per Nachnahme, ab 5 Pfd., portofrei. Garantie für reelle, staubfreie Ware. Nehme Nichtgefallendes zurück.

Frau A. Wodrich, Gänsemarkt, Neutrebber (Oderbruch)

Locarno-Monti

Südschweiz.

Christl. Erholungsheim Tabor.

An der neuen Straße Locarno-Monti Bré, idyllisch, ruhiges, sonniges Heim in klimatisch vortrefflicher Höhenlage, bietet Ihnen Erholung an Leib und Seele und zugleich beste Gelegenheit, die Schönheiten des Südens kennen zu lernen. Hausandachten. Auf Wunsch Diätküche. Eig. Auto, Prospekt; bescheidene Preise, das ganze Jahr offen.

W. Keller, Prediger.

Naturreiner, deutscher

Bienenhonig

eigener Ernte, kostet jetzt nur noch 4 Pfund 1.35 Mk. Versand in 5 und 9 Pfund-Dosen.

Lehrer I. A. Buchholz, Niederseelbach, Post Idstein (Land).

Nutzen Sie seine Vorteile aus

25 Pfennig nur

Dr. Thompson's

Schwanpulver

Schwanpulver wäscht und reinigt alles. Steckköpfe, zur Wäsche, zum Scheuern u. Reinemachen nichts besseres verwenden. Schwanpulver soll in keinem Haushalt fehlen!

Das Weltgericht ist oder bleibt...
gerichtet nicht haben...

*Schöpfen Qualität
niedrigsten Preis!*

Sch 478

Zum Bleichen u. Klarspülen der Wäsche, Seifex-Paket 15 Pf.

Restlose Hühneraugenverteilung durch Schmerz laß nach TUBE 50 Pf., 2 TUBEN franko, Doppelfußbad dazu 40 Pf. Reformhaus Eden, Bielefeld, Neustädterstraße 8. Postfachkonto: Hannover 655 88.	Eisen-Betten Schlafzim- u. Holz- Kinder-, Polster, Chaisel., an jeden. Teils. Katalog frei. Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.) Freigegeb., musikalische Dame bewandert im Haus-, Kinderpf. u. Erziehung, auch als Privatsekr. tät. gew. sucht, gest. auf gute Em- pfehlungen und Zeugnisse, bei bescheidenen Anspr. Stellung. Marg. Boffelmann, Bielefeld, Detmolder Straße 129 II r.	Entsch. christl. B.-R.-lerin sucht Stellung als Gemeindehelferin geg. freie Verpf. und Tascheng. evtl. außerdem ob. ausschließl. als Hilfe im Pfarrhaus. Mittelschl., Oberlsg. (Mitte 40), einjährige Tätigk. im Haus-, Stenograph. kenntn. vorh., musikal., mütterl., kinderl., gute Empfängl. Mögl. Nähe Bethel jedoch nicht unbed. nötig. Freundl. Angebote bitte mögl. bald unter A 1938 an die Geschäftsstelle d. Bl.
--	--	---